

Die Ausmerzung des mit dem wiedererstandenen Militarismus und Faschismus eng verwickelten Antisemitismus ist eine der Voraussetzungen für die Schaffung friedlicher, demokratisch-parlamentarischer Verhältnisse in Westdeutschland. Die Entfernung und Bestrafung solcher Kriegsverbrecher wie Globke würde zu ein

Wende in der westdeutschen Politik zugunsten der Friedenskräfte und damit zu einer Annäherung der beiden deutschen Staaten und zur Lösung der nationalen Frage beitragen. Es liegt an allen ehrlichen deutschen Menschen, verhindern zu helfen, daß die Mörder von gestern zu Mördern von heute werden!

Das antinationale und antisoziale Miet- und Wohnrecht in Westdeutschland

Von Dr. HORST KELLNER, beauftragter Dozent am Institut für Zivilrecht der Humboldt-Universität Berlin

Die antinationale, zum Atomkrieg treibende Politik des Adenauer-Regimes hat gleichzeitig einen durch und durch antisozialen Charakter. Die Politik der Kriegsvorbereitungen ist mit der Liquidierung der sozialen Sicherheit und dem ständigen Abbau des Lebensstandards aufs engste verknüpft. Sei es, daß den werktätigen Massen des Volkes die Steuerschraube immer fester angelegt wird, sei es, daß die Sozialversicherungskassen systematisch beraubt und die Sozialleistungen eingeschränkt werden, oder sei es, daß die Werktätigen durch chronische Geldentwertungen eines Teils ihres Einkommens verlustig gehen — ständig verlangt der Moloch Rüstung von ihnen neue und größere Opfer.

Einem Problem der wachsenden Ausplünderung der Werktätigen Westdeutschlands wollen wir uns im weiteren etwas eingehender zuwenden: Es betrifft die seit über zehn Jahren anhaltende und nach westdeutschen Regierungsplänen noch weitergehende Erhöhung der Wohnungsmietpreise. Die westdeutsche Regierung hat mit dem Plan ihres Ministers Lücke einen dichten Schleier der Lüge und Verdummung über dieses Problem gebreitet, um so den wirklichen Gehalt ihrer Maßnahmen zu vertuschen und Aktionen der Werktätigen gegen die Mietpreispolitik zu verhindern. Es kommt darauf an, dieses Lügengewebe zu zerreißen und den Werktätigen in Westdeutschland zu zeigen, daß es notwendig ist, auch gegen diese Maßnahmen des Bonner Regimes aktiv zu kämpfen, weil auch sie ein Teil der Kriegsvorbereitungen der westdeutschen Militaristen sind.

Mietpreiserhöhungen dienen der Bonner Rüstungspolitik

Mit dem „Gesetz über den Abbau der Wohnungszwangswirtschaft und über ein soziales Miet- und Wohnrecht“ vom 23. Juni 1960 (BGBl. I 389) hat die Politik der Ausplünderung der Werktätigen mittels Mieterhöhungen einen gewissen Höhepunkt, wenn auch keineswegs ihren Abschluß gefunden. Schon seit längerer Zeit gab es in Westdeutschland Bemühungen, auch im Wohnungswesen die sog. freie Marktwirtschaft, die mit einer enormen Verschlechterung der sozialen Lage der Werktätigen verbunden ist, einzuführen. So wurden „bereits seit 1950 die Mieten für die bis 1924 errichteten Altbauwohnungen um 26,2 Prozent, für die von 1924 bis 1948 gebauten Wohnungen um 18,6 Prozent und für die nach 1948 gebauten Neubauwohnungen um 36,2 Prozent erhöht“¹. Die neuerlichen Maßnahmen sind darauf gerichtet, die staatlichen Mietpreisregelungen entweder sofort oder über eine in Etappen erfolgende stetige Mietpreiserhöhung in der Perspektive gänzlich abzuschaffen.

Mit diesen Maßnahmen verfolgt der Bonner Staat das Ziel, sich einerseits von den Verpflichtungen gegenüber der Gesellschaft, soweit sie die Schaffung und Instandsetzung von Wohnraum betreffen, zu befreien, d. h. den Staatshaushalt zugunsten anderer Ausgaben

zu entlasten. Andererseits ist er bestrebt, auch über die Mietpreiserhöhungen das Steueraufkommen zu erhöhen, um so den Staatshaushalt zu stärken.

Um die wahnwitzige Ausrüstung Westdeutschlands mit Kern- und Raketenwaffen durchführen zu können, greift die Adenauer-Regierung zu allen möglichen Mitteln der Geldbeschaffung. Die 11,2 Milliarden DM, die Strauß allein als direkte Rüstungsausgaben für 1961 eingeplant hat, müssen gedeckt werden. Eine Methode dazu ist die radikale Einschränkung des staatlichen Wohnungsbaus. Der Bonner Finanzminister Etzel hat dementsprechend erklärt, daß 1961 die Mittel für den Wohnungsbau um 15 Prozent im Verhältnis zu diesem Jahr gekürzt werden², obwohl in Westdeutschland ein Wohnungsdefizit von etwa 1,5 Millionen Wohnungen besteht. Man baut in Westdeutschland eben lieber Kasernen, Panzer, Flugzeuge und Raketen, als für menschenwürdige Wohnungen zu sorgen. Für die Bürger werden von Staats wegen zum Teil Notunterkünfte eingeplant³.

Die faschistische Raubbaupolitik Hitlers, der Krieg und die Nachkriegszeit haben dem Wohnungsfonds tiefe Wunden zugefügt. Die privaten Vermieter haben in den vergangenen Jahren in der Regel nur notdürftige Reparaturen vorgenommen; zum Teil übertrafen die Anforderungen ihre individuellen Möglichkeiten, zum Teil ließen sie sich ausschließlich von ihren gegenwärtigen Profitinteressen leiten. Dadurch entstand — nach Schätzungen aus dem Jahre 1955 — in Westdeutschland ein Reparaturdefizit von rund 13 bis 14 Milliarden DM, das ständig im Wachsen begriffen ist. Während der Bonner Staat die faschistischen und militaristischen Kräfte, die 1945 zerschlagen am Boden lagen, großzügig mit finanziellen Mitteln unterstützte, mußten die Leidtragenden des letzten Krieges, die breiten Massen des Volkes, weiter in den vom Krieg beschädigten Häusern und Wohnungen zubringen. Während in der DDR Millionen-Beträge staatlicher Gelder für systematische Instandsetzungsarbeiten und Neubauten ausgegeben werden, wälzt der Bonner Staat auch diese Lasten auf die Schultern der breiten Massen des Volkes ab.

Mit dem antisozialen Mietgesetz vom 23. Juni 1960 hat er diesen Plänen nunmehr Gesetzeskraft verliehen. Die dort vorgesehenen Mietpreiserhöhungen werden der Bevölkerung etwa eine Milliarde DM jährlich⁴ aus den Taschen ziehen, die zum Teil der Rüstung unmittelbar zugute kommen, im übrigen aber auch zur Abdeckung des Reparaturdefizits dienen sollen. Die Adenauer-Regierung versucht, sich auf diese Weise ihrer Pflichten gegenüber der Gesellschaft zu entledigen und die damit verbundenen Lasten von den Werktätigen aufbringen zu lassen, um für ihre militaristischen Pläne die Hände frei zu bekommen.

¹ Die Mietpreiserhöhungen durch die Adenauer-Regierung sind für den Bonner Staat auch unmittelbar ein

² Die Welt vom 5. Juli 1960.

³ Neues Deutschland vom 11. August und vom 22. September 1960.

⁴ Neues Deutschland vom 16. August 1960.

* Information des Ausschusses für Deutsche Einheit (im weiteren „Information“ genannt) vom 5. Januar 1960, S. 2.